



„Zäune und Kontrollen verhindern Migration nicht“

Die Europäische Union versucht verstärkt in afrikanischen Ländern die Migration innerhalb des Kontinents und auf den Routen nach Norden zu verhindern. Dafür nimmt sie viel Geld in die Hand, verneint gleichzeitig jedoch die eigene Verantwortung und nimmt Menschenrechtsverletzungen in Kauf. Ein Interview mit Sophia Wirsching, Referentin für Migration und Entwicklung bei *Brot für die Welt*. Von Christine Wolfrum.

2017 haben 190.000 Menschen Asyl in Deutschland gesucht. Das sind rund 100.000 weniger als 2016. Machen sich weniger Menschen auf den Weg, um Europa zu erreichen?

Ehrlich gesagt wissen wir noch nicht genau, was die Ursache dafür ist, dass weniger Migrant*innen im vergangenen Jahr beispielsweise über Libyen – eine der derzeitigen Hauptrouten – nach Europa gekommen sind. Wir gehen davon aus, dass die Maßnahmen der

schützen, obgleich die Zahlen nicht wirklich ins Gewicht fallen.

Welche Maßnahmen sollen die Migration in Richtung Europa verhindern?

Es gibt unterschiedliche Maßnahmen, etwa solche im Rahmen des Europäischen Trustfonds for Africa. Da geht es einerseits darum, Fluchtursachen zu mindern, indem man Menschen vor Ort eine Perspektive gibt. Potenzielle

Migrant*innen will man so im Land halten. Es gibt außerdem Programme in Grenzgebieten von Niger und Libyen, mittlerweile auch von der Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (GIZ). In einem

Programm der GIZ werden dort Gemeinden und Regionen dafür qualifiziert, die Auswirkungen der verschiedenen Migrationsphänomene auf die lokale Entwicklung zu analysieren und wichtige Entwicklungs- und Infrastrukturmaßnahmen zu formulieren, zum Beispiel den Ausbau von Schulen und Gesundheitszentren. Anschließend werden die Gemeinden und Regionen bei der Umsetzung der Maßnahmen unterstützt und so im besten Fall Aufenthaltsoptionen geschaffen.

Und andererseits?

Das andere, was wir jetzt in Libyen gesehen haben – und sich drastisch auf die Migration auswirkt –, ist, dass die EU ein Training für die sogenannte libysche Küstenwache bereitstellt [siehe hierzu den Text von Christian Jakob im Heft, Anm. der Red.]. In diesem Zusammenhang muss auch Frontex erwähnt werden, die Agentur für Grenz-

und Küstenwache. Das Mandat der Agentur ist in den vergangenen Jahren stetig aufgewertet und zuletzt auch ausgeweitet worden. Lag deren Budget 2004 noch bei 6,2 Millionen, erhält sie inzwischen rund 240 Millionen jährlich. Sie organisiert nicht nur große maritime Grenzüberwachungseinsätze wie in Italien, sondern auch Grenzkontrollen an verschiedenen Landesaußengrenzen. Außerdem hat Frontex mit 18 nichteuropäischen Staaten, etwa Niger und Tschad, Verträge abgeschlossen.

Warum erhält Libyen trotz der bekannt gewordenen Menschenrechtsverletzungen so viel Geld von der EU?

Libyen erhält deswegen sehr viel Geld, weil die meisten Migrant*innen, die Europa über das zentrale Mittelmeer erreichen, momentan durch dieses Land kommen. Die ostafrikanischen Länder Marokko und Senegal und Regionen in Richtung Kanarische Inseln hatte man bereits Mitte der Nuller-Jahre sehr gut abgeriegelt, sodass sich die Hauptmigrationsstrecke nach Libyen verlagert hat. Sind die Routen nach Libyen dicht, ist davon auszugehen, dass die Menschen neue suchen, weil man an den Ursachen nichts verändert hat.

Welche afrikanischen Länder werden neben Libyen noch von der EU finanziell zum Zwecke der Migrationskontrolle unterstützt?

Weil sich die Migrationsrouten ändern, bekommt auch Ägypten derzeit viel Geld von der EU. Es gibt ein Sicherheitsabkommen der Bundesregierung mit Ägypten sowie einen Migrationsdialog zwischen der EU und Ägypten, bei dem Deutschland eine wichtige Rolle spielt. Die südlichen Partner*innen sollen ertüchtigt werden,

Knapp 25 Millionen Migrant*innen leben innerhalb Afrikas

Europäischen Union (EU) zur Migrationsverhinderung greifen. Tatsächlich kommen auch in Libyen weniger Migrant*innen an. Möglicherweise nehmen sie andere Routen, denn die Ursachen, die Menschen in die Migration treiben, bestehen weiterhin. Eine stark abschreckende Wirkung haben sicherlich die Bilder von ver-sklavten Flüchtlingen aus Nigeria, die auch in Afrika überall gezeigt worden sind. Aufgrund dieser angsteinflößenden Fotos wollen Menschen nicht mehr über Libyen kommen. Tatsächlich befinden sich dort aber noch viele hundert-tausend geflüchtete Menschen. Laut Internationaler Organisation für Migration (IOM) gibt es in Afrika rund 36,1 Millionen Migrant*innen. Das Gros davon, nämlich knapp 25 Millionen, leben innerhalb Afrikas, zumeist in Nachbarländern. Nur 8,9 Millionen Afrikaner*innen leben in der EU. Es ist schon interessant, wie sehr wir uns gegen diese Migrant*innen

*Sophia Wirsching ist Referentin
für Migration und Entwicklung
bei Brot für die Welt, dem
Evangelischen Entwicklungsdienst.*



mit nichttödlichem Gerät die Grenzen zu sichern und den ägyptischen Sicherheitsapparat aufzubauen. Was dazu dient, irreguläre Migration zu verhindern oder Menschenhändler*innen zu bekämpfen, kann jedoch auch gegen die eigene Bevölkerung genutzt werden. Das ist die Kritik von Menschenrechts-Organisationen und Nichtregierungs-Organisationen wie *Brot für die Welt*: Einerseits wollen diese autoritären Staaten ein europäisches Ziel der externen Migrationskontrolle realisieren. Andererseits werden sie dadurch in die Lage gebracht, sehr viel stärker noch als zuvor illegitime Aktionen gegen die eigene Bevölkerung oder gegen Migrant*innen auszuführen. Das geschieht auch in anderen afrikanischen Staaten: Tschad wird stark autoritär regiert mit einem Menschenrechtsverbrecher an der Spitze.

Was bringen überhaupt Zäune und Grenzkontrollen? Können sie Migration wirklich verhindern?

Internationale Sicherheitskongresse nähren die Vorstellung, dass Migration eine Bedrohung sei, vor der wir uns schützen müssen. Das gehe vor allem durch große Grenzanlagen und Sperrwälle. Manche massiven Grenzzaun-Sperranlagen sollen abschrecken, etwa die hunderte Kilometer langen Nato-Stacheldrahtzäune um die spanischen Enklaven Ceuta und Melilla. Das Bild mit starker symbolischer Kraft sagt: Hier kommt ihr nicht rein! Klar ist auch, je hochtechnisierter und besser ausgerüstet so eine Sperranlage gebaut ist, desto mehr verdient die Industrie daran. Gleiches gilt für die Absicherung der Grenzen durch Flug- und Fahrzeuge, Drohnen, Nachtsichtgeräte und Vieles mehr. Davon profitieren die europäischen

Kurzzeitig funktionieren diese Maßnahmen vielleicht. Aber die Migration selbst lässt sich nicht durch Zäune verhindern. Migrant*innen gehen dann andere Routen, die im Zweifel – das sehen wir jetzt in Afrika – durchaus gefährlicher sind.

Wirkt sich Europas Kontrollpolitik auch auf die Wirtschaft Afrikas aus?

Ja. In der Westafrikanischen Wirtschaftsunion (ECOWAS) haben sich 15 Staaten zusammenschlossen, die sich für Freizügigkeit und Entwicklung in der Region einsetzen, ähnlich unserem Schengenraum. Niger, das im Norden an Libyen grenzt, gehört dazu, ebenso wie Mali, Nigeria, Senegal und Gambia. Für die Bewohner*innen dieser Staaten besteht keine Visapflicht. Eigentlich. Durch die europäische

Die europäischen Unternehmen der Sicherheits-industriewirtschaft profitieren enorm

Sudan bekommt viel Geld, obwohl der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag einen Haftbefehl gegen den Präsidenten ausstellte. Die EU fängt an, sich mit autoritären Regimen anzufreunden, um Migrations-Regulierungen auf fremden Boden besser durchzusetzen. Länder wie Niger, Ägypten und Tschad sind dazu auserkoren, offshore die Asylentscheidungen für Europa vorwegzunehmen.

Unternehmen der Sicherheitsindustriewirtschaft enorm.

Andererseits ist es unmöglich, die Grenzübergänge beispielsweise in der Sahara völlig abzusichern. Das funktioniert nicht. Allein im Sudan gibt es dafür das Projekt *Better-Migration-Management*. Da führen tausende Kilometer Grenze durch Wüstengelände. Im wahrsten Sinne des Wortes wird dort Geld in den Sand gesetzt. Völlig absurd. Vor allem: Diese Grenzen können und müssen gar nicht gesichert werden, weil sie keine großen Migrationskorridore darstellen.

Migrations-Kontrollpolitik und zusätzlichen Gesetzen wird Migration innerhalb der ECOWAS-Region zunehmend unmöglich.

Was bedeutet das konkret?

Allein sich zum Beispiel in Niger fortzubewegen wird selbst für Einheimische immer schwieriger, weil an mehr Orten im Land Kontrollen durchgeführt werden. Wasserstellen fährt die Polizei rund um die Uhr ab, um dort mögliche Migrant*innen aufzugreifen und in Haft zu nehmen. Wer sich oberhalb

der Stadt Agadez befindet, dem wird ohnehin potenziell unterstellt, nach Europa zu wollen. Reisen Togoles*innen durch Niger, weil sie Handel treiben oder Verwandte besuchen, holt man sie aus den Bussen heraus. Nur wer hohe Gebühren bezahlt, darf weiterreisen. Das schränkt regionalen Handel und regionale Mobilität zunehmend ein und behindert die wirtschaftliche Integration der nördlichen Region Niger.

In Mali verlangt etwa die EU für die Bewohner*innen von Mali plötzlich verpflichtend biometrische Pässe. Ganz abgesehen davon, dass sich viele Menschen diesen Pass gar nicht leisten können, da Mali ein sehr armes Land ist, werden hier aus europäischen Interessen heraus Hürden aufgebaut, damit die Menschen nicht mehr ins Nachbarland können. Das sind nur zwei Beispiele von vielen.

Heißt das, die afrikanische Wirtschaft leidet bereits darunter?

Zumindest zunehmend. So wird es für Migrant*innen immer schwieriger, attraktive Metropolen zu erreichen wie die großen Hafenstädte, etwa Lagos in Nigeria, um dort zu arbeiten. Immer häufiger überwachen europäische Kontrollposten die Region und lassen Migrant*innen nicht weiterreisen. Arbeitsmigration ist jedoch äußerst entwicklungsrelevant. Aufgrund von Rücküberweisungen in afrikanische Staaten wurden im vergangenen Jahr insgesamt 450 Milliarden Dollar transferiert. Manche Staaten wie Nigeria, Senegal oder Ghana erhalten so 20 Prozent ihres Bruttonationalprodukts. Das Geld kommt nicht nur aus Europa, Amerika und Asien, sondern auch aus anderen Staaten Afrikas. Durch Migration innerhalb des Kontinents kann wirtschaftliche

Integration erfolgen. Dessen ist sich die Afrikanische Union bewusst und deshalb darum bemüht, ein visafreies Reisen innerhalb Afrikas zu ermöglichen. Das Ziel ist bislang verfehlt.

Gibt es dann irgendeinen Vorteil für die afrikanischen Staaten?

Afrikanische Staaten werden dazu gebracht, die europäischen Migrationsinteressen durchzusetzen, indem ihnen entweder mehr Geld angeboten wird oder gedroht wird, das versprochene Geld zu kürzen. Vorteile für die afrikanischen Bewohner*innen werden immer wieder angekündigt. Beim Gipfel der Europäischen Union mit der Afrikanischen Union war das kürzlich Thema. Die EU sagt stets: Ihr müsst die Flüchtlingsbewegung regionalisieren und die Migrant*innen bei euch behalten. Dann eröffnen wir legale Migrationsmöglichkeiten nach Europa. De facto passiert jedoch nichts. Tatsächlich brauchen die afrikanischen Staaten mal eine verlässliche Ansage. Bislang ist das nicht geschehen. Es müsste partnerschaftlicher und gleichwertiger zugehen. Könnte sich der afrikanische Kontinent mit seinen 55 Staaten stärker mit seiner Agenda einbringen, wäre schon viel gewonnen.<